



IMV Institut für
Medienverantwortung
gemeinnützige UG
(haftungsbeschränkt)
Goethestraße 6
91054 Erlangen

Fon +49 9131 933 277-8
Fax +49 9131 933 277-9
www.medienverantwortung.de
info@medienverantwortung.de

Nachlese, 12.04.2010

Das Bankentribunal – ein zivilgesellschaftlicher Prozess

Die, denen der Prozess gemacht wurde, sind vorsichtshalber nicht erschienen: Gerhard Schröder und Angela Merkel als Verantwortliche der Bundesregierungen mitsamt dem ehemaligen Finanzminister Peer Steinbrück, Josef Ackermann für die Deutsche und Axel Weber für die Europäische Bank, sowie Hans Tietmeyer für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, der seinen Aufsichtsratsposten quasi als „Dank“ für das Debakel der Hypo Real Estate (HRE) erhielt. Das stattliche Gebäude der Berliner Volksbühne dominiert den Rosa Luxemburg Platz und ist ein würdiger Ort für das von Attac organisierte Bankentribunal am Wochenende vom 9. bis zum 11. April 2010. Hier wurde immer schon widersprochen und genau das wollen die Veranstalter erreichen angesichts der desaströsen Weltwirtschaftskrise, die mehrmals mit der vor 80 Jahren verglichen wurde: Sensibilisierung der Öffentlichkeit und mehr offener Widerspruch statt stille Hinnahme. Genau diesem Ziel war auch der Auftakt am Freitag Abend gewidmet, der mit Urban Priol und Georg Schramm im Schlagabtausch das Schüren des Zorns vorantrieb – denn dafür gab und gibt es Grund genug. Während der eine die These vertrat, dass der Kapitalismus am Ende sei, verteidigte der andere seine Sicht, dass nämlich der Kapitalismus überlebe und hingegen die Politik am Ende sei.

800 Karten sind verkauft worden. Mitwirkende, Gäste und Journalisten ergänzten das Spektrum und füllten das Haus bis zum letzten Platz und darüber hinaus – für die große Nachfrage gab es andernorts eine Livestream-Übertragung übers Netz, die auch jetzt noch teilweise abrufbar ist: bdyoutube.com (von Mediafootprint) und www.attac.de/aktuell/krisen/bankentribunal. Dort findet sich auch das 12-seitige Urteile, das vermutlich nicht in der Nacht von Samstag auf Sonntag geschrieben wurde und deshalb nicht ganz den Tenor der Faktensammlung des Tages wiedergibt.

Die virtuell vor Gericht Stehenden werden von Pflichtverteidigern wie Peter Wahl und Henner Wolter verteidigt. Die Organisatoren haben hochkarätige Teilnehmer an der rechtssprechenden Jury, der Anklägerbank wie auch von Zeugen gewonnen und die Beweisaufnahme den ganzen Samstag über gestaltet sich als lehrreiches Stück mit so manch neuer Information und einem relativ guten Überblick über die Entwicklung der letzten Jahre. Manche Zeugen, wie der Europaabgeordnete Giegold oder der Wirtschaftsredakteur Schuhmann fielen durch besonders fundierte Sachkenntnis wie auch kritische Frageansätze auf. Im Gegensatz zu etwa dem Ankläger Altvater, der sich vielfach sehr allgemein äußerte und nicht konkret die Vergehen der einzelnen Angeklagten im Kontext von sog. "Bankenrettung" bis hin Griechenlandbankrott benannte. An letzterem wurden übrigens die Verwicklung Ackermanns und der Deutschen Bank deutlich: Stichwort „Kreditausfallwechsel“. Es wurde klar und auch

nur verhandelt, dass seit der rot-grünen Bundesregierung im Grunde eine Beschleunigung des krisenhaften Wirtschaftens vorliegt mit einer beispiellosen sog. Deregulierung und der Kreation zweifelhafter Finanzmarktprodukte für einen virtuellen Markt. Die Gläubiger in Form von Aktionären und Spekulanten – man könnte passender Zocker sagen und passend werden die Gewinne etwa aus Hedgefonds auch nicht versteuert, sondern fallen unter Spielgewinne – wurden aber nicht an den sog. Rettungspaketen beteiligt, die allein zu Lasten des Steuerzahlers gehen werden. Dies wäre anders möglich gewesen, etwa durch eine Teilinsolvenz der HRE, wie Harald Schumann es vom Zeugenstand aus darlegte (vergleichbar mit dem Abschreiben der Verluste bei General Motors). Auch die Intransparenz der „Rettungsverfahren“ mit einer beispiellosen Entmachtung des Parlaments sollte nachhaltig Sorgen bereiten. Ohne Prüfung wurde etwa behauptet, man müsse systemrelevante Großbanken retten, um keinen Dominoeffekt zu verursachen, wobei man dann erst die Fusion von Dresdner und Commerzbank ermöglichte, die nun tatsächlich zu einer solchen Großbank geworden ist mit der Möglichkeit, die Politik zu erpressen. Zudem wurde ein Vielfaches des tatsächlichen Wertes der Banken zu ihrer bzw. der Gläubiger „Rettung“ ins System gepumpt – etwa 18 Mrd. Steuergelder in eine Bank, die zu dem Zeitpunkt nur noch 2 Mrd. wert war, nämlich in dem Moment, als die Commerzbank die verlustreiche Dresdner Bank kaufen wollte. Dies geschah dann ohne Prüfung des sog. Informationsausschusses – also jenseits von Demokratie oder auch nur parlamentarischer Kontrolle. Übrigens, 18 Mrd. kosten alle Universitäten in Deutschland im Jahr. Und während Schumann das Gebaren des Ausschusses ohne Einblick in die relevanten Unterlagen mit der „demokratischen Qualität des Volkskongresses von Nordkorea“ verglich, wurde deutlich, dass auch den EU-Gremien mehr Transparenz nicht schaden könne, was zu Vorschlägen im Sinne einer Livestreamübertragung bei EU-Ratssitzungen führte.

Bei aller berechtigter Kritik an den herrschenden Verhältnissen, so bleibt doch die Frage, ob die Verantwortlichen und ihre Lobbyisten für die sog. Deregulierung und Virtualisierung von Finanzmärkten, die realwirtschaftlich keinen Boden mehr hatten, davon ablenken, dass bestimmte systemische Fragen noch gar nicht gestellt wurden. Das Urteil, das Sonntag früh gesprochen und von Friedhelm Hengsbach vorformuliert wurde, bleibt dem existierenden Wirtschaftssystem mit seinem Wachstumszwang verpflichtet und stellt grundsätzliche Elemente von Kapitalismus und Zinssystem, wie es etwa der Mathematiker Jürgen Kremer als langfristig immer kollabierend und stets zugunsten der Bessergestellten umschichtend kritisiert, nicht in Frage.

Für weitere Zahlen in unvorstellbaren Höhen empfiehlt sich der Reader des Tribunals sowie die bereits genannte Website, aber auch mindestens der Beitrag in der NRHZ vom 14.04.2010 und natürlich die Einträge auf www.nachdenkseiten.de. Angesichts der Aussichten, dass die kürzlich gestellten Weichen – Kreditwesengesetz, Finanzmarktstabilisierungsgesetz, Wachstumsbeschleunigungsgesetz – sowohl die Krise als auch die horrenden Gewinne weniger nicht bekämpfen, sondern befördern werden, ist mehr öffentliches Aufbegehren dringend erforderlich. So dürften wir es in der nächsten Kabarettssendung „Neues aus der Anstalt“ wieder bitter böse und sehr real nahe gebracht bekommen – aber bewegen müssen wir uns alle selbst.

Aussichten am Rande und fern der großen Aufmerksamkeit

Am Rande des Tribunals gab es interessante Fakten und Einsichten, die zumeist nicht Thema in der täglichen Berichterstattung sind. So wurde eine "Steueroasenausstellung" gezeigt und in Workshops Alternativen diskutiert. Die

vielen interessanten parallelen Angebote, wie die Frage nach dem Verhältnis von Finanzmarkt und Demokratie oder Finanzmarkt und Arbeitsmarkt, wie die Alternative Regionalgeld oder vieles mehr, zwang mich zur Auswahl zweier AGs. Da die Auswirkungen der Krise - eigentlich des Nordens - auf die Länder des Südens nicht direkt im Tribunal mitverhandelt wurden, entschied ich mich für den Vortrag von Wangui Mbatia von KENGO, dem Kenia Network of Grassroots Organisations und mit einem Studium in Nairobi und des USA, und einem Beitrag von Daniel Munevar Sastre, einem Ökonomen aus Columbien, der derzeit in Brüssel im Komitee zur Reduktion der Schulden der Dritten Welt arbeitet und über die Entwicklung in Lateinamerika referierte.

Beide Male konnte der Norden vom Süden lernen: Mbatia machte deutlich, was Abhängigkeit von Währung und Wirtschaft für Politik und Existenz wirklich bedeutet, und Morevo erläuterte, welche Schritte welche Länder Lateinamerikas gegangen sind, um sich aus der von IWF und Weltbank sowie aus der "Umarmung" von USA und Europa lösen und endlich wieder die eigene Existenz sichern zu können. Letzteres habe die US-Armee bereits mit einem verstärkten Aufmarsch von Militär in den Gewässern Lateinamerikas quitiert, denn vor allem die erfolversprechende Einführung einer eigenen, vom Dollar unabhängigen, Währung zum Binnenhandel in Lateinamerika - dem sog. SUCRE - bedrohe die bisherige Hegemonie und Rohstoffkontrolle durch die Länder des Nordens, allen voran die USA.

Von derlei positiven Entwicklungen scheint der afrikanische Kontinent noch weit entfernt, wie Mbatia vermittelte. Denn die Abhängigkeit von Dollar und Euro (etwa zum Kauf von Medikamenten) und somit von Weltbank und IWF, die immer Marktöffnung als Bedingung für Kredite mitführen, wird von den korrupten Regierungen nicht wirklich in Frage gestellt und so weiterhin die Rohstoffe des Landes ausverkauft. Bedingung für den Handel und damit die Möglichkeit, etwa Euro zu erhalten, sei es, dass Kenia - eines der stärksten Kaffeebohnenanbauländer Afrikas - keinen fertigen Kaffee verkaufen dürfe. So wird gerade Deutschland zum größten Kaffeexporteur, während Kenia dafür nur die billigen Rohkaffeebohnen liefern darf. Kenianer kennen darum den Kaffee eigentlich nicht und können ihn sich auch nicht leisten. Das klingt nach einer Luxusfrage, ist aber symptomatisch für die Struktur, dass und wie ständig mehr Gelder aus der Dritten in die Erste Welt fließen, als umgekehrt. Mbatia machte deutlich, dass die Luxuskrise im Norden, eine Existenzfrage für die Menschen im Süden darstelle. Sie sagte:

„Wir sind nicht am Markt beteiligt, nicht im Bankenwesen integriert - wir nehmen keine Kredite um ein Haus zu bauen, wir haben auch keine Sparguthaben. 90 Prozent der Kenianer haben nicht einmal ein Konto, eine Bankverbindung. Darum können viele auch die Bankenkrise nicht verstehen. Weil sich niemand vorstellen kann, wie man ein Risiko beleihen, kaufen oder verkaufen kann. Wir haben dennoch die Folgen zu tragen.“

Sie fragte, wie wir es verantworten können als Demokratien, diese Strukturen fortzuschreiben - die Struktur des doppelten Maßstabes, denn als in den 1990er Jahren afrikanische Banken kollabierten, hieß es, dass die Märkte frei sein müssen und dies eben vorkomme. Europäische Banken hingegen werden gerettet mit Geldern, die für die Menschen fehlen. Darum forderte sie explizit die Menschen in den Demokratien auf, entweder das desaströse System zu ändern oder aber, es wenigstens für alle gleich anzuwenden.

Hoffnungsvoller stimmte da der Beitrag von Daniel Munevar - obwohl nach wie vor 60 Prozent der lateinamerikanischen Banken in den Händen von USA und Europa

seien. Aber hier taten sich neben den politischen Reformen in einzelnen Ländern wie Venezuela, Ecuador und Bolivien auch juristische Möglichkeiten auf, die man zu nutzen wisse. So stellte etwa die Ecuadorianische Regierung fest, dass über zwei Drittel der Kreditverpflichtungen illegal waren und man verhandelte erfolgreich mit den Geldinstituten, so dass auch ein Großteil der Schulden erlassen wurden. Dies war möglich, nachdem etwa Argentinien nach seinem Zusammenbruch einfach einige Jahre den Schuldendienst eingestellt hatte - in dieser Zeit ist nichts passiert, keine Repression, trotz Drohungen. Hingegen ging es vielen Argentinern eindeutig besser, weil die lokale Wirtschaft gestärkt wurde - ein nachhaltiger Lernprozess, der auch unabhängiger weiter denken ließ. So ist aktuell die Banko del Sur, eine Bank des Südens, speziell von und für Lateinamerika in der Planungsphase, die 2012 ihre Arbeit aufnehmen soll und Konzept etwa der indigenen Bevölkerung berücksichtigt, die der Natur einen Status vergleichbar einer juristischen Person einräumen. Davon könnte man sich hier eine Scheibe abschneiden, denn es ist eine Binsenweisheit dass man Geld ja nicht essen kann.